



2009 | 2014

Gestaltungsmehrheit für Remscheid

INHALTSVERZEICHNIS

Inhaltsverzeichnis	2
Präambel.....	3
Haushalt und Finanzen.....	5
Bildung	8
Wohnen.....	9
Marketing	10
Verkehrsinfrastruktur.....	11
Gewerbeflächen	12
Wirtschaft.....	13
Gremienstruktur und -besetzung	13

PRÄAMBEL

SPD, FDP und Bündnis'90/DIE GRÜNEN kommen mit dieser Vereinbarung überein, für die Dauer der am 21. Oktober 2009 beginnenden 14. Wahlperiode des Rates der Stadt Remscheid eine Gestaltungsmehrheit zu bilden, um eine verlässliche, zielgerichtete, sachorientierte und vernünftige Kommunalpolitik für Remscheid zu verwirklichen. Die wirtschaftliche und finanzielle Lage der Stadt Remscheid erfordert die Bündelung der politischen und gesellschaftlichen kreativen Kräfte, um gemeinsam mit Oberbürgermeisterin Beate Wilding die Erneuerung von städtischem Gemeinwesen und städtischer Verwaltung voranzubringen. Die Verschuldung der Stadt Remscheid schränkt nicht nur die gegenwärtigen politischen Spielräume drastisch ein, sondern ist längst zu einer schweren Belastung für zukünftige Generationen geworden. Die Gestaltungsmehrheit will ihre Beiträge dazu leisten, durch gemeinsames politisches Handeln und Wirken die finanzielle Handlungsfähigkeit zurück zu gewinnen.

Die Gestaltungsmehrheit führt den zwischen den Fraktionen und der Oberbürgermeisterin vereinbarten „Zukunftspakt für Remscheid“ im Inhalt und im Geiste weiter, um die Gestaltungsfreiheit für die Zukunft Remscheids zu erhalten. Dazu gehört die uneingeschränkte Bereitschaft der politisch Verantwortlichen in Rat und Verwaltung, mit allen gesellschaftlichen Kräften unserer Heimatstadt zusammenzuwirken, um der gemeinsamen Verantwortung gerecht werden zu können. Die Gestaltungsmehrheit setzt dabei auf eine bürgernahe, transparente und diskussionsfreudige Kommunalpolitik im Sinne einer modernen Bürgergesellschaft.

Hierzu zählt auch der Willen, das erfolgreich gemeinsam mit Bürgerschaft, Vereinen und Verbänden erarbeitete „Integrierte Stadtentwicklungskonzept“ zum Maßstab und zum Leitfaden der kommunalpolitischen Arbeit in den kommenden fünf Jahren zu machen.

Die unter fachlicher Begleitung des Planungsbüros BKR von Rat, Verwaltung und Bürgerschaft erarbeitete Sammlung von Ideen und Handlungsperspektiven gilt es nun, im „remscheidplan“ zu bündeln und zu konkretisieren. Die Teilhandlungsfelder „Bildung“ und „Wohnen“ nehmen dabei eine Vorrangstellung ein, da sie genauso zu den wichtigsten Zukunftsfragen unserer Stadt zählen, wie die zentralen Querschnittsthemen der Integration und des Demographischen Wandels.

Seit fast 200 Jahren zieht Remscheid Menschen aus allen Teilen der Welt an. Viele Menschen kamen, um zu arbeiten, und blieben, um hier zu leben. Heute ist die Stadt für Angehörige aus 114 Nationen ein Zuhause und Lebensmittelpunkt. In der Vergangenheit haben die Remscheiderinnen und Remscheider immer wieder die Kraft besessen, die Neuankömmlinge gesellschaftlich zu integrieren. Die Gestaltungsmehrheit versteht Integration in Remscheid als Querschnittsaufgabe. Sie muss in der Bildung genau so gelingen wie im Wohnungsbau, in der Stadtentwicklung, in der Wirtschaft und in der Kultur. Zusammen mit der Oberbürgermeisterin wird die Gestaltungsmehrheit dafür Sorge tragen, dass die Belange von Einwanderern in allen wichtigen Bereichen berücksichtigt, Teilhabe ermöglicht und der Zugang zu Chancen eröffnet werden.

Die Gestaltungsmehrheit setzt klare Schwerpunkte ihres politischen Handelns und wird den von Oberbürgermeisterin Beate Wilding eingeschlagenen Weg der Bürgerbeteiligung fortsetzen. Wir laden alle Remscheiderinnen und Remscheider dazu ein, die Zukunft ihrer Stadt zu gestalten und die Entwicklung zu begleiten.

Einen weiteren Schwerpunkt legt die Gestaltungsmehrheit in die lokale und regionale Wirtschaftsförderung und den Klimaschutz. Den industriellen Kern Remscheids mit seiner aus der Tradition erwachsenen Innovationskraft gilt es zu unterstützen, zugleich ist die kreative Kraft der Remscheider Wirtschaft nach besten Kräften zu fördern.

Wir verstehen unsere Heimatstadt als eine Ideenschmiede, die sich mit den Begabungen der Menschen und ihrem Ideenreichtum den Herausforderungen von Gegenwart und Zukunft stellt.

SPD, FDP und Bündnis'90/DIE GRÜNEN wissen um die Rahmenbedingungen kommunalpolitischen Handelns, insbesondere in Hinblick auf die tief greifende, seit 16 Jahren andauernde Haushaltskrise unserer Stadt. Die Gestaltungsmehrheit hat sich deshalb bewusst dafür entschieden, politische Schwerpunkte zu setzen. Nicht alles was wünschenswert ist, lässt sich in diesen Zeiten verwirklichen. Deshalb setzen wir unsere Forderungen unter den Vorbehalt der Finanzierbarkeit. Wir versprechen den Remscheiderinnen und Remscheidern, mit den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln verantwortungsvoll umzugehen und zugleich alternative Finanzierungsmöglichkeiten, beispielsweise durch Beteiligung von Institutionen, Privatleuten und Unternehmen, zu erschließen.

HAUSHALT UND FINANZEN

Die Gestaltungsmehrheit wird auf Grundlage der interfraktionellen Vereinbarung „Zukunftspakt für Remscheid“ die Konsolidierung der städtischen Finanzen und die Reform der Stadtverwaltung vorwärts treiben. Der Schuldenberg schränkt nicht nur die gegenwärtigen Spielräume ein, sondern er ist längst zu einer schweren Belastung für die zukünftigen Generationen geworden. Die Gestaltungsmehrheit will ihre Beiträge leisten, damit die Stadt Remscheid ihre finanzielle Handlungsfähigkeit zurückgewinnen kann.

Die Gestaltungsmehrheit unterstützt den laufenden Prozess im Sinne des „Vier-Säulen-Konzepts“ der Oberbürgermeisterin zur wirtschaftlichen Optimierung und Haushaltskonsolidierung:

Erste Säule

Systematische Erfassung und Nutzung der Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit

Zweite Säule

Berücksichtigung des Berichts der Gemeindeprüfungsanstalt sowie der Maßnahmenvorschläge des Gutachtens von Rödl&Partner im Prozess der Haushaltskonsolidierung im Nachgang des Ratsbeschlusses zum „Zukunftspakt für Remscheid“

Dritte Säule

Entwicklung von Kennzahlenreihen im Rahmen der Rechnungsprüfung

Vierte Säule

Evaluierung von Kennzahlen im interkommunalen Erfahrungsaustausch im Land Nordrhein-Westfalen

Eine umfassende Aufgaben- und Produktkritik ist die Grundlage für eine Optimierung des Personalbestandes und damit für nachhaltige Konsolidierungserfolge. Die Gestaltungsmehrheit wird im Rat und den Ausschüssen diesen Prozess konstruktiv begleiten und den begonnenen Aufbau der Zentralen Verwaltungssteuerung, unter anderem durch Entwicklung eines einheitlichen und transparenten Berichtwesens auf Produktebene, unterstützen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf der Wirtschaftlichkeit der Leistungserbringung mit eigenen Kräften liegen. Wenn aber die Stadt flexibler und kostengünstiger auf Leistungen zugreifen kann, dann sind Fremdvergaben und interkommunale Zusammenarbeit sinnvoll.

Der flexible Einsatz der Bediensteten und deren Qualifizierung sind wichtige Bausteine für wirtschaftliches Handeln der Verwaltung.

Die Gestaltungsmehrheit befürwortet daher den Abschluss einer Dienstvereinbarung zwischen Oberbürgermeisterin und Personalrat zum sozialen Frieden und zur Konsolidierung der städtischen Finanzen, um die erforderliche Flexibilität für ein Personaloptimierungsmanagement zu schaffen und betriebsbedingte Kündigungen auszuschließen.

In der vergangenen Wahlperiode unterzeichneten die Oberbürgermeisterin und die Fraktionen des „Zukunftspakts für Remscheid“ eine Zielvereinbarung über den zügigen Abbau von 60 Stellen in der Stadtverwaltung bis zum Jahr 2012. In der nächsten Wahlperiode werden wir im Rahmen einer Folgevereinbarung weitere mindestens 100 Stellen abbauen, um die Personalausgaben der Stadt Remscheid mindestens um jährlich vier Millionen Euro ab dem Jahr 2015 zu senken. Wir erwarten vom Land Nordrhein-Westfalen, auch weiterhin die Möglichkeit zu eröffnen, das „Remscheider Modell“ (Absicherung der Beamtenpension durch eine private Rentenversicherung) im Sinne der Generationengerechtigkeit fortzuführen.

Bei allen Anstrengungen wird der Stadt Remscheid aus eigener Kraft allerdings nicht die Konsolidierung ihres Haushalts gelingen. Das Gutachten von Rödl&Partner und der Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt zeigen auf, dass selbst bei Verzicht auf alle freiwilligen Aufgaben und nach Veräußerung aller städtischen Beteiligungen weiterhin Haushaltsdefizite entstünden. Wir fordern von Bund und Land, die Kommunen finanziell angemessen auszustatten, und unterstützen die Initiative der Kommunen des Ruhrgebietes und des Bergischen Landes, das so genannte „Schuldenmemorandum“. Wer lebenswerte Städte und Gemeinden erhalten möchte, der muss ihnen wieder eine Perspektive geben. Ansonsten ist die im Grundgesetz und in der nordrhein-westfälischen Landesverfassung formulierte Leitvorstellung, gleichwertige Lebensverhältnisse für die Bürgerinnen und Bürger herzustellen, in Remscheid nicht mehr zu erfüllen. Wir wehren uns gegen eine nachhaltige Zerstörung der öffentlichen Infrastruktur und der sozialen und kulturellen Angebote in unserer Stadt.

Der Verkauf von Anteilen an der GEWAG und den Stadtwerken und ihrer Tochterunternehmen wird abgelehnt. Er ist nicht nur unwirtschaftlich, sondern auch nachteilig für die Stadtentwicklung.

Die Hebesätze der Gewerbesteuer und der Grundsteuer werden nicht erhöht, damit die Belastung durch Steuern und Abgaben kalkulierbar und die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Remscheid gegenüber den Nachbargemeinden erhalten bleibt.

BILDUNG

Eine Stadt ohne kulturelle Vielfalt ist eine Stadt ohne Lebensqualität. Wir wollen daher die Bergischen Symphoniker und das Teo Otto Theater ausdrücklich erhalten. Partnerschaften und Kooperationen für das Orchester, aber auch für die anderen Kultureinrichtungen, etwa in Form eines gemeinsamen Kulturmanagements, müssen gezielt gesucht werden, um Ressourcen zu bündeln. Für die Volkshochschule muss ein zukunftsfähiges Konzept erarbeitet werden.

Eine gute Bildung und Ausbildung ist die Grundlage für verantwortliches und selbst bestimmtes Handeln und sichert die Teilhabe am wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Leben. Das gemeinsame Ziel der Fraktionen von SPD, FDP und Bündnis'90/DIE GRÜNEN ist es, jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die bestmögliche Qualifikation zu ermöglichen und Weiterbildungsmöglichkeiten zu sichern und auszubauen.

Wir werden die Plätze in den Kindertagesstätten für Unter-Dreijährige sichern und weiter ausbauen. Die Ganztagsangebote an den Grundschulen und an den weiterführenden Schulen sollen gesichert und mit Unterstützung des Landes weiter ausgebaut werden.

Um die sprachlichen und interkulturellen Kompetenzen von Kindern zu verbessern und den chancengerechten Zugang zu Bildungsangeboten weiter zu auszubauen, werden wir gemeinsam dazu beitragen, die Förderkonzepte an allen Schulformen weiter zu entwickeln.

Gemeinsames Ziel ist es, den Zugang zu höheren Bildungsabschlüssen spürbar zu verbessern. Im Rahmen des Schulgesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen und im Konsens mit den Schulen vor Ort wollen wir gemeinsam darauf hinwirken, in Remscheid ein längeres gemeinsames Lernen von Schülerinnen und Schülern zu ermöglichen.

Die Gestaltungsmehrheit wird darauf hinwirken, die Weiterbildungsmöglichkeiten und den Zugang zu qualifizierten Schulabschlüssen durch den Ausbau der Abendrealschule zu einem vollwertigen Weiterbildungskolleg zu verbessern.

Die regionale Bildungskonferenz soll aufgebaut und gestärkt werden, um im Sinne einer Schulentwicklung, die den Elternwillen und die individuellen Stärken von Kindern gleichermaßen berücksichtigt, die inneren und äußeren Schulangelegenheiten besser zu verzahnen. In diesem Sinne werden wir die Zusammenarbeit von Schule und Jugendhilfe sowie außerschulischen Partnern aus Kultur, Wirtschaft, Sport und Umweltbildung weiter fördern.

WOHNEN

Gemeinsames Ziel der Gestaltungsmehrheit ist es, das Wohnraumangebot in Remscheid zeitgemäß und nachfragegerecht zu modernisieren und entsprechend den Bedürfnissen verschiedener Zielgruppen zu verbessern. Gleichzeitig soll das Wohnumfeld spürbar verbessert werden.

Zur Verbesserung des Wohnungsangebotes und aus Gründen des Klimaschutzes werden wir die energetische Erneuerung von Gebäuden gemeinsam vorantreiben.

In diesem Sinne werden wir die Maßnahmen aus den Förderprogrammen „Stadtumbau West“ und „Soziale Stadt“ unter Einbeziehung von Unternehmen, Institutionen und Privatpersonen fortführen. Das Engagement Dritter soll auch eine finanzielle Beteiligung einschließen, um den städtischen Eigenanteil mit zu erbringen.

Als Grundlage für die Verbesserung, Modernisierung und Weiterentwicklung wird im Rahmen der „Integrierten Stadtentwicklung“ das „Wohnungsmarktpolitische Handlungskonzept“ zielgerichtet erarbeitet werden. Auf die Ergebnisse wird bedarfsgerecht zu reagieren sein. Die Planungen an der Knusthöhe sollen zurückgestellt werden. Wir werden darauf hinarbeiten, aufgelockerte Wohnbebauung zu fördern und im Sinne eines Freiraumkonzeptes Flächen zu entsiegeln.

MARKETING

Die Gestaltungsmehrheit will das Image der Stadt nach innen und außen spürbar verbessern. Remscheid ist gleichzeitig industrielle Ideenschmiede und Naturhauptstadt, die sicherste Stadt in Nordrhein-Westfalen mit einem hohen Anteil von Bürgerinnen und Bürgern, die sich ehrenamtlich engagieren. Sie bietet Sportbegeisterten und Kulturinteressierten ein vielfältiges Angebot und in der näheren Umgebung ein kulturelles Umfeld, das kaum Wünsche offen lässt. Remscheid verfügt über eine gut ausgebaute Bildungsinfrastruktur vom der Kindertagesstätte über die Schulen bis hin zu einer guten Zusammenarbeit zwischen Bildungseinrichtungen und Wirtschaft.

Diese Stärken gilt es angemessen und offensiv nach außen zu vermarkten und nach innen zu stärken.

VERKEHRSINFRASTRUKTUR

Die Fraktionen unterstützen die zügige Linienfindung der Bundesstraßen in Bergisch Born. Sie sind Voraussetzung für die Entlastung der bestehenden Bundesstraßen mit ihren Verknüpfungen zu den Wohnquartieren und Gewerbeflächen.

Ein besonderes Augenmerk gilt in den kommenden fünf Jahren dem Umbau der Kreuzung Trecknase, um die Verkehrsproblematik in den Griff zu bekommen. In enger Abstimmung mit dem Land Nordrhein-Westfalen muss eine Lösung erarbeitet werden, die den Möglichkeiten Remscheids entspricht.

Im Rahmen der weiteren Planung des öffentlichen Personennahverkehrs sind die Maßnahmen rund um die Regionalbahnlinie 47 von Wuppertal über Remscheid nach Solingen zügig abzuschließen. Wir gehen davon aus, dass der Verkehrsverbund Rhein-Ruhr die Regionalbahnlinie im kommenden Jahr öffentlich ausschreibt und zeitnah die politischen Gremien über die Ergebnisse informiert. Nur so kann modernes Zugmaterial schnell zum Einsatz kommen. Die Haltepunkte sind zu Verknüpfungspunkten zum Umstieg auf Bahn und Bus weiterzuentwickeln. Die Verknüpfung mit den Buslinien der Stadtwerke an den Haltepunkten mit der Bahn ist in der Fortschreibung des Nahverkehrsplans zu berücksichtigen.

Um die Weiterentwicklung der Alleestraße in alle Richtungen offen zu halten, stimmen die Fraktionen einer testweisen Öffnung der unteren Alleestraße für den Autoverkehr zu.

Hierzu wird die Stadtverwaltung beauftragt, ein überarbeitetes Konzept kurzfristig den zuständigen Gremien zur Entscheidung vorzulegen. Ein solcher Beschluss setzt voraus, dass die Anlieger und Einzelhandel aufgrund der städtischen Finanzsituation und den Vorgaben der Bezirksregierung den städtischen Kostenanteil übernehmen.

GEWERBEFLÄCHEN

Die Entwicklung attraktiver Gewerbegebiete ist notwendig, damit Betriebe mit ihren Arbeitsplätzen in Remscheid ansässig bleiben und Neuansiedlungen mit zukunftsfähigen Arbeitsplätzen für Remscheid gewonnen werden können. Mittels einer langfristigen und nachfrageorientierten Gewerbeflächenpolitik wollen wir Remscheid als Standort für Investitionen erhalten. So werden wir das Gewerbegebiet am Gleisdreieck Bergisch Born verwirklichen, sobald die Erschließung der Flächen gesichert ist. Die kurzfristige Realisierung weiterer Gewerbeflächen, etwa an der Borner Straße, muss geprüft werden. Das derzeit ruhende Normenkontrollverfahren zum Gewerbegebiet „Blume“ wird fortgeführt und die gerichtliche Entscheidung abgewartet.

Auch hinsichtlich der Ausweisung von Gewerbeflächen wollen wir die Möglichkeiten interkommunaler Zusammenarbeit nutzen. Dabei muss allerdings eine Beteiligung aller beteiligten Kommunen am Steueraufkommen gesichert werden. Außerdem könnten ggf. Flächen gleicher Wertigkeit zur landesplanerischen Kompensation angeboten werden. Brachflächenmanagement wollen wir fördern, um endliche Ressourcen zu schonen. So können ehemals gewerblich und industriell genutzte Flächen, etwa entlang (ehemaliger) Bahnstrecken, wieder erschlossen werden. Brachen bieten aber auch Chancen für eine Neukonzeption, beispielsweise als Wohnbauflächen.

WIRTSCHAFT

Die Fraktionen unterstützen den Aufbau einer regionalen Wirtschaftsförderung im Bergischen Städtedreieck, um im Wettbewerb der europäischen Regionen bestehen zu können. Die Zusammenarbeit mit der Bergischen Entwicklungsagentur soll verbessert und inhaltlich gestärkt werden. Als ersten Schritt setzen sich die Fraktionen für die Einrichtung eines Aufsichtsrates zur begleitenden Steuerung des Unternehmens ein.

Um die wirtschaftlichen Möglichkeiten des Klimaschutzes im Bergischen Land zu entfalten, setzen sich die Fraktionen für die Einrichtung eines Klimafonds ein. Hierzu werden Stadtwerke, Sparkasse und die Volksbank gebeten, entsprechende Modelle zu entwerfen und nach Möglichkeit zu verwirklichen. Dabei wird angestrebt, eine entsprechende Datengrundlage aufzubauen, um die Ergebnisse im Sinne der CO₂-Bilanz der Stadt Remscheid darstellen zu können.

GREMIENSTRUKTUR UND -BESETZUNG

Die Gestaltungsmehrheit hat sich darauf verständigt, in der 14. Wahlperiode folgende Ratsausschüsse zu bilden:

- Haupt- und Finanzausschuss *
 - Rechnungsprüfungsausschuss *
 - Betriebsausschuss der Remscheider Entsorgungsbetriebe *
 - Integrationsausschuss *
 - Jugendhilfeausschuss **
-

- Wahlprüfungsausschuss **
- Ausschuss für Kultur und Weiterbildung
- Ausschuss für Bauen und Denkmalschutz
- Ausschuss für Bürger, Umwelt, Klimaschutz und Ordnung
- Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Wohnen
- Ausschuss für Schule und Sport.

Bei den mit * gekennzeichneten Gremien handelt es sich um Pflichtausschüsse nach der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen bzw. nach der Eigenbetriebsverordnung. Die mit ** gekennzeichneten Gremien werden aufgrund sondergesetzlicher Vorschriften gebildet. Die Aufgaben des in der zurückliegenden Wahlperiode gebildeten Finanzausschusses werden wie in der Vergangenheit bereits üblich, künftig dem Hauptausschuss übertragen.

Die Ausschüsse bestehen künftig aus 17 Mitgliedern, hiervon sind ausgenommen der Haupt- und Finanzausschuss mit 19 Mitgliedern, der Betriebsausschuss der Remscheider Entsorgungsbetriebe mit 12 Mitgliedern und der Jugendhilfeausschuss mit 15 Mitgliedern.

Das Zuständigkeitsverzeichnis des Rates, der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen wird grundlegend überarbeitet, um

- im Sinne der Subsidiarität Entscheidungsrechte auf die Ausschüsse zur Entlastung des Rates und des Hauptausschusses im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen zu übertragen;
-

- im Sinne der Entbürokratisierung jene Zuständigkeiten wegfallen zu lassen, die ausschließlich unnötigen Verwaltungsaufwand darstellen, keines politischen Votums bedürfen und Antrags- und Genehmigungsverfahren unnötig verlängern;
- im Sinne der Konzentration zentraler Aufgaben im Haupt- und Finanzausschuss als zentralen Planungs-, Verwaltungs-, Wirtschaftsförderungs- und Beteiligungsausschuss zu bündeln und zugleich auf die Beratung jener Angelegenheiten zu verzichten, für die Fachausschüsse und Bezirksvertretungen einvernehmlich dem Rat Empfehlungen ausgesprochen haben.

Die Sitzungsfolge wird dahingehend gestaltet, dass der Hauptausschuss künftig 14-tägig tagt, die weiteren Ausschüsse des Rates in der Regel in einem Turnus von zwei Monaten. Bei Beratungs- und Entscheidungsbedarf können hiervon abweichend Sondersitzungen terminiert werden.

Zu Stellvertreter/innen der Oberbürgermeisterin sollen künftig drei Mitglieder des Rates gewählt werden, um den gewachsenen Repräsentationsbedarf der Stadt gerecht werden zu können.

Für die Bezirksvertretung Alt-Remscheid sollen zwei Stellvertreter des Bezirksbürgermeisters bestellt werden, um der Größe der Bezirksvertretung gerecht zu werden.

Für die Bezirksvertretungen in den Stadtbezirken Süd, Lennep und Lüttringhausen soll jeweils ein Stellvertreter des Bezirksbürgermeisters bestellt werden, damit entfällt die Funktion eines zweiten Stellvertreters in der Bezirksvertretung Lennep.

Remscheid, ____ . Oktober 2009

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD)

Lothar Krebs

Vorsitzender
des Unterbezirks Remscheid



Hans Peter Meinecke

Fraktionsvorsitzender

Freie Demokratische Partei (FDP)

Hans-Lothar Schiffer

Vorsitzender
des Kreisverbandes Remscheid



Wolf Lüttinger

Fraktionsvorsitzender

Bündnis'90/DIE GRÜNEN

Frank vom Scheidt

Sprecher
des Kreisverbandes Remscheid



Beatrice Schlieper

Fraktionsvorsitzende
